

Wenn es so kommt, wie es sich die EU-Kommission gerade vorstellt, dann geraten die Bauern und Bäuerinnen ins Hintertreffen. Wenn Gentechnik nicht mehr gekennzeichnet werden muss, können sie weder gewährleisten, dass ihre Erzeugnisse frei von Kontaminationen bleiben, noch dokumentieren, dass sie nachweislich mit Saatgut oder Futter gewirtschaftet haben, welches ohne Gentechnik erzeugt wurde. Der Handel wird nicht darauf verzichten, Produkte auf Gentechnik hin zu untersuchen. Das gilt für Bio-Produkte aber auch für konventionelle, solange es eine Nachfrage nach Lebensmitteln ohne Gentechnik gibt. Und die Labore werden früher oder später Gentechnik finden – in Bio- wie in konventionellen Lebensmitteln, wenn nicht mehr gekennzeichnet werden muss. Wer dann den Schaden hat, ist eine rein rhetorische Frage. Bauern und Bäuerinnen bleiben auf ihren Produkten sitzen, fliegen aus Handelsbeziehungen, müssen womöglich teuer entsorgen. Sie sind – wieder einmal – ganz am Ende der Kette. Diese Ohnmacht gilt es zu verhindern, gegen die EU-Pläne muss breit mobilisiert werden.



## Wir haben ein Recht auf gentechnikfreies Ackern und Ernten!

Die geplante Deregulierung der EU-Gentechnikgesetzgebung muss uns auf die Straße bringen

Der aktuell von der EU-Kommission vorgelegte Verordnungsentwurf der EU-Kommission sieht eine nahezu komplette Deregulierung neuer Gentechnikpflanzen vor – und damit die Interessen der Gentechnikindustrie und deren Forscher:innen. Eine gentechnikfreie Erzeugung – ökologisch und konventionell – lässt er im Regen stehen. Auf sie sollen alle Bürden und Folgekosten abgewälzt werden bei gleichzeitigem Abschaffen aller Schutzmöglichkeiten vor Kontaminationen. Deshalb sind wir jetzt alle gefragt unser Recht auf Gentechnikfreiheit einzufordern. Die Bundesregierung und das EU-Parlament sind bei den bevorstehenden Europawahlen im Zugzwang. Es gilt wieder aktiv zu werden, vor Ort bei den Berufskolleg:innen und in Gesprächen mit oder in Briefen an die verantwortlichen Politiker:innen und Ministerien, per Ackerschild, mittels Postkarten und Petitionen und im Supermarkt. Wir haben viel zu verteidigen: das EU-Vorsorge- und Verursacher:innenprinzip, das Recht auf das Wissen, wie unser Saatgut, unsere Produkte oder Rohstoffe erzeugt wurden, das Recht, sich gegen Gentechnik auf dem Teller zu entscheiden, unsere Ernährungssou-

veränität, eine noch breite und vielfältige Züchterlandschaft in der EU, konzernfreies Saatgut und Essen, unsere Unabhängigkeit und unsere hart erarbeiteten, zum Teil mit hohen Investitionen verbundenen gentechnikfreien Märkte und damit unseren Wettbewerbsvorteil samt Kund:innenvertrauen in unsere Erzeugnisse. Wer Produkte auf den Markt bringen will, muss dafür auch die Verantwortung übernehmen. Wenn die Gentechnikprodukte trotz aller Versprechen der Industrie und ihrer Wissenschaftler:innen doch zu Schäden in der Umwelt, für die Gesundheit oder am Markt für uns Bäuer:innen führen, müssen die Verursacher:innen dafür auch in die Haftung genommen werden. Dafür braucht es eine Kennzeichnungspflicht entlang der gesamten Kette und verpflichtende Nachweisverfahren, auch um eine Rückverfolgbarkeit und Rückholbarkeit zu ermöglichen. Es braucht verpflichtende Koexistenzregeln, die Kontaminationen in der Lieferkette sicher verhindern. Notwendig ist die Stärkung des Vorsorgeprinzip und die Risikoprüfung jedes GVO. Das Patentierungsverbot von konventionellen Züchtungen ist durch-

zusetzen und muss auf die neuen Gentechniken erweitert werden – bevor solche Patente erteilt werden und Fakten geschaffen werden. Saatgut und unsere Lebensmittelerzeugung sind ein hohes Gut – sie müssen gentechnik- und patentfrei bleiben! Es ist auch un-

sere Verantwortung, den inakzeptablen Gesetzesentwurf zurückzuweisen. Packen wir es gemeinsam an!

*Annemarie Volling,  
AbL-Gentechnikexpertin*

